

E 1.3 Globalalternative Ablehnung LNG-Terminal in Brunsbüttel und der Leistungstrasse bis Hetlingen/Stade

Antragsteller*in: Bernd Voß

Titel

Ändern in:

Der schnelle Wandel zählt - von 16 Prozent heute hin zu 100 Prozent Erneuerbare Energien

Änderungsantrag zu E 1

Bündnis90/Die Grünen setzen nicht erst seit den völkerrechtlich verbindlichen Verträgen der internationalen Klimakonferenz von Paris auf eine klimaneutrale Wirtschaft und Gesellschaft und den zügigen und zeitnahen Ausbau hin zu 100% Erneuerbaren Energien.

Dazu gehört für uns der schnellst mögliche Ausstieg aus den fossilen Energiestrukturen und atomaren Risiken.

Zentral ist hierfür, den Bedarf an fossilen Brennstoffen schnell zu reduzieren und den Rest erneuerbar herzustellen. Dazu gehören beim Thema Gas die Reduktion des Verbrauches, die Dämmung von Gebäuden genauso wie der schnelle Ausbau der Solarenergie sowie Windenergie an Land und auf See.

Auch in der erneuerbaren Energieversorgung wird beispielsweise zum Ausgleich volatiler Erzeugung- sowie Verbrauchsstrukturen, Energiespeicherung und Energietransport eine Gasinfrastruktur ein Baustein bleiben. Das bisher verwendete fossile Erdgas soll dabei möglichst schnell durch Gase auf Basis Erneuerbarer Energien ersetzt werden.

Wir fordern daher eine nachvollziehbare Kennzeichnung der Herkunft des Gases sowie der Standards bei Förderung, Transport und Verwendung. Dabei muss Methanschlupf konsequent vermieden werden. Wir lehnen jedes Fracken von Erdgas und den Import und die Verwendung strikt ab. Wir erwarten, dass das geplante Terminal und die Infrastruktur auch für Erneuerbare Gase verwendet werden kann.

Wir erwarten, dass zur Minimierung der Risiken durch diese Störfallanlage, die Lager nicht in der Nähe von atomaren Zwischenlagern, Sondermüllverbrennungen, sensiblen Strukturen der chemischen Industrie, sowie Wohnbebauung und systemrelevanter Energieinfrastruktur gebaut werden.

Wir fordern, dass zusätzlich zu der zur Schließung einer Wirtschaftlichkeitslücke in Aussicht gestellten 50 Millionen Euro Subvention keine weitere finanzielle Förderung des Landes erfolgt und dass es außer den genannten hohen Qualitätsstandards keine Präferenzen des Terminalbetreibers für Herkünfte aus bestimmten Ländern gibt.

Beim Ausbau von Gasinfrastruktur fordern wir vorhandene Gasinfrastrukturen soweit möglich mit zu berücksichtigen und eine konsequente Schonung von Böden und Umwelt.

Unterstützer*innen

Detlef Matthiessen; Gilbert Sieckmann-Joucken (KV Segeberg); Michael Jabbusch; Valerie Wilms (KV Pinneberg); Rolf Martens (KV Dithmarschen); Andreas Tietze, KV Nordfriesland